

Anzeigenpreise: Die 7gespaltene mm-Zeile 25 Pf., die 4gespaltene Reklame-mm-Zeile im Text 50 Pf. — Reklamationen nur bis 8 Tage nach Erscheinen zulässig. — Belegexemplare nur auf Verlangen gegen Portosatz. — Für Fehler durch undeutliches Manuskript keine Haftung. — Bei Einziehung durch Gericht od. l. Konkursverfahren, fällt der berechn. Rabatt fort.

Bezugspreis Mark 1.— monatlich. — Anzeigenannahme: Berlin SW 48, Friedrichstr. 16, neben der Gärtnermarkthalle. — Die Schließanzeigen sind von der Veröffentlichung ausgeschlossen. — Der Auftraggeber gibt durch die Aufgabe des Inserats sein Einverständnis ab: Preise unter der Schließpreisgrenze der Verbände wegzulassen. — Erfüllungsort Berlin-Mitte.

Die Gartenbauwirtschaft

berufständische Wirtschaftszweige des deutschen Gartenbaus
vinschließlich des Feldmäßigen Obst- und Gemüsebaus

HERAUSGEBER: REICHSVERBAND DES DEUTSCHEN GARTENBAUES E.V. BERLIN NW. 40 • VERLAG: GÄRTNERISCHE VERLAGS-GESELLSCHAFT M.B.H. BERLIN SW. 48

Nr. 40 | 44. Jahrgang der Verbandszeitung | Berlin, Donnerstag, den 3. Oktober 1929 | Erscheint wöchentlich | Jahrg. 1929

Aus dem Inhalt: Unzufriedene Gemüsezüchter an der Ruhr — Die Angriffe der Privatwirtschaft auf die kommunale Wirtschaft sind gänzlich ungerechtfertigt... — Notwendigkeit der Gemeinschaftsaktion — Aus der Entscheidungspraxis zum Umlaufrecht — Kohlbau und Genossenschaftswesen in Dithmarschen — Fragekasten — Überleben von Risch- und Birnbäumen — Mitteilungen des Reichsverbandes — Obstverwertung und Obstbau — Eine Pflegestätte der Stauden — Dahlien- und Sommerblumenbau in Schneidemühl — Die Sonntagskünde — Aus den Landesverbänden und Bezirksgruppen — Markttrübungen.

Unzufriedene Gemüsezüchter an der Ruhr Keinen Absatz — keine Zinsen

Unter dieser Überschrift brachte die Tagespresse des Ruhrgebietes vor kurzem Berichte über die Kollaps der dortigen Gemüsebauwirtschaft. Die Gärtnereien, welche Staatskredite zum Aufbau von Gemüsebauwirtschaften erhalten hätten, wären infolge der katastrophalen Preisbildung in diesem Jahr sicher nicht in der Lage, die fälligen Zinsen aufzubringen. Der Staat dürfte jetzt, nachdem er bereits 1 1/2 Millionen Mark hergegeben habe, diese Siedlungsunternehmen nicht im Stich lassen, sondern müsste weitere Mittel hergeben, um durch eine genügende Absatzregelung die Rentabilität der Betriebe wiederherzustellen. Der „Börsen-Zeitung“ schrieb z. B. am 30. 8.:

... Man trat auch an der Ruhr an den Staat heran und bat um einen Kredit für ein Auto, das die Erzeugnisse der einzelnen Gärtnereien abholen und zum Markt bringen sollte. Die Gesamtanfragen für das Auto und einige Nebenarbeiten wurden auf 9000 Mark berechnet. Der Staat hat die Bewilligung dieses Kredites, der nur ein Jahr wahren sollte, abgelehnt. Die Folge des Fehlens einer Absatzgesellschaft ist, daß die meisten Inhaber der Gemüsebauwirtschaft in diesem Jahre eine Enttäuschung in Bezug auf die Betriebsergebnisse erleben. Die Gärtnereien müssen z. B. zur Zeit die Tomaten so billig verkaufen, wie die auf dem Markt gezeigten Frühkartoffeln, während der Marktpreis höher liegt. Man könnte allerdings den Einwand erheben, daß die einzelnen Züchter selbst ihre Erzeugnisse zum

Markt bringen. Den meisten Inhabern der Gemüsebauwirtschaft ist dies jedoch unmöglich, da sie durch die Arbeit im Treibhaus den ganzen Tag überwohlt in Anspruch genommen sind. Auch sind viele dieser Gemüsezüchter Halbtagskulturen, denen es unmöglich ist, täglich die weite Entfernung von den ländlichen Gebieten nach dem Stadtzentrum zurückzulegen. Für die Anschaffung eines eigenen Fuhrwerks sind die einzelnen Betriebe jedoch nicht rentabel genug...

Damit ist also noch schneller, als zunächst erwartet, das eingetroffen, was seitens der Versorgungsstellen vorausgesehen war. Wir dürfen daran erinnern, daß diese Siedlungsunternehmen im Ruhrgebiet nicht vom Reichsernährungsministerium, auch nicht vom Preuss. Landwirtschaftsministerium, sondern von dem unfernen Reichsernährungsministerium eingeleitet und finanziert wurden, ohne die für den Gartenbau zuständigen Stellen genügend zu hören. Wir dürfen weiter daran erinnern, daß es sich bei den Siedlern nicht, wie es in den Veröffentlichungen der Tagespresse erscheint, um „Gärtner“ oder „Gemüsezüchter“, sondern um im Gemüsebau und -absatz noch unerfahrene Bergleute handelt, die auf dem Gemüsebau unvorbereitet wurden und jetzt in ihrer Erziehung gefährdet sind. Es darf schließlich daran erinnert werden, daß die Richtlinien des Reichsverbandes, die leiserweise vorgetragen wurden, nicht beachtet worden sind. Gerade der

Reichsverband hatte davor gewarnt, die Siedlerstellen örtlich voneinander getrennt aufzustellen, weil damit eine gemeinschaftliche Absatzregelung äußerst erschwert werden würde. Er hat ebenso davor gewarnt, nur unerfahrene Bergleute ohne genügende Durchsicherung mit erfahrenen Gemüsezüchtern zum Treibhausbau umzuwandeln.

Die Gemüsezüchter haben wohllich keinen Grund, über den Rückschlag dieser Siedlungsunternehmen zu stolzen, denn ganz abgesehen von der menschlichen Teilnahme, die man den Geschädigten entgegenbringen muß, werden naturgemäß auch die Versorgungsstellen jener Gegend durch die planlose Abplatzigkeit der unerfahrenen Siedler erheblich mit geschädigt. Die genannte Entwicklung zeigt aber deutlich die Gefahren, die darin liegen, daß sich heute alle möglichen, durch Sachkenntnis völlig unbefähigten Stellen mit der Frage gärtnerischer Siedlungen befassen. Diese Stellen führen sich gern auf amtliche oder nichtamtliche „Rentabilitätsberechnungen“, die jedoch der Wirklichkeit nicht Standhalten können, weil sie von Voraussetzungen ausgehen, die zwar im Idealfall möglich sein können, tatsächlich aber solange unbrauchbar sind, als die Erzeugnisse ohne jeden Einfluß auf die vom Spiel des Angebotes und der Nachfrage abhängigen Preise ist, ganz abgesehen davon, auch für den mengenmäßigen Ertrag neben Klima- und Bodenverhältnissen die zahlenmäßig nicht zu bewertende Eignung des Betriebsleiters für den Gemüsebau eine ausschlaggebende Rolle spielt. Dr. G.

„... Die Angriffe der Privatwirtschaft auf die kommunale Wirtschaft sind gänzlich ungerechtfertigt...“

In der vergangenen Woche haben in Frankfurt a. M. der Deutsche und der Preussische Städtebund ihre Jahresversammlungen abgehalten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Wirtschaft- und Finanzpolitik der Städte.

Bei der Aussprache über einen Vortrag „Sinn und Aufgabe der Selbstverwaltung der Städte“ war es dem Preussischen Minister des Innern, Geheimg. der bekanntlich der sozialdemokratischen Partei angehört, vorbehalten, zu der Frage der Konkurrenz der öffentlichen Hand eine Erklärung abzugeben, die die Privatwirtschaft nur als einen Schlag ins Gesicht empfinden kann. Hier ist die „Lebenswichtige“ Äußerung:

„Ich habe schon wiederholt in der Öffentlichkeit ausgesprochen, daß ich jeden Versuch, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einzusparen, aufs schärfste bekämpfen werde. Die Gemeinden haben das Recht auf wirtschaftliche Betätigung und angehen als einen Zweig der Selbstverwaltung, und die Staatsregierung wird dafür sorgen, daß dieses Recht nicht veräußert wird. Die Preussische Staatsregierung hält mit mir die Angriffe der Privatwirtschaft auf die kommunale Wirtschaft für gänzlich ungerechtfertigt. Die kommunale Wirtschaft erfüllt ein öffentliches Bedürfnis.“

Bitte: ... Die Preussische Regierung hält die Angriffe für vollkommen unberechtigt! ... Das muß man zweimal lesen, um überhaupt zu glauben, daß das ein Minister sagen kann.

Man scheint sich nachher dann wohl doch noch überlegt zu haben, daß eine kleine Einschränkung die Gemüter etwas beruhigen könnte, denn am nächsten Tage wurde der Ministerialdirektor von Wesen vom Innenministerium mit einer Erklärung vorgelesen, daß man sich gegen jede mißbräuchliche Ausnutzung der tatsächlichen Monopolstellung der Gemeinden wenden müsse. Alle Betriebe, die ebenjenseit von

der Privatwirtschaft durchgeführt werden können, sollte man mit Recht der freien Initiative überlassen.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu der Äußerung Geheimg., daß es doch eigentlich auch den begeisterten Anhängern der Kommunalisierung allmählich klar geworden sein müßte, daß „Verwaltungen“ und „kaufmännische Geschäfte führen“ zwei grundverschiedene Dinge sind, und führt dann freundlich lächelnd fort: „Was mag der unbedachte Jährling wohl gedacht haben, wie er kurz nachher in jeder beliebigen Zeitung auf den Kleinstenstand Berliner Stadtkant — Gebrüder Elzard hingewiesen wurde?“

Soll man dem noch etwas hinzusetzen? Tatsachen reden mehr als alle Worte!

Auch die ausführliche Aussprache, die auf beiden Tagungen stattfand und an der sich Kommunalpolitiker der verschiedensten Parteifarben beteiligt haben, läßt leider nur den betrüblichen Schluß zu, daß von dieser Seite aus für die Forderungen des Gartenbaues kaum ein Entgegenkommen zu erwarten sein wird. Die Entscheidung, die man zum Schluß zu dem Problem der kommunalen wirtschaftlichen Betätigung annahm, läßt eine Auslegung nach jeder Seite offen. Es heißt darin: Die Erhaltung und Fortführung der öffentlichen Unternehmungen nach wirtschaftlichen Grundsätzen liegt im unmittelbaren Interesse der Allgemeinheit, und es sei eine soziale Aufgabe der Gemeinden, die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedürfnisgütern des täglichen Lebens wie Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrseinrichtungen und ähnlichem zu sichern.

Nicht Fisch — nicht Fleisch. Wegen der Betätigung auf den genannten Gebieten wird kein vernünftiger Mensch etwas einwenden haben; das war bisher auch schon vollkommen klar. Aber wie ist es mit den Preisfestsetzungen? — Jede Stadtverwaltung wird nach wie vor nach ihren

eigenen Eingebungen vorgehen — Heß: Wo ist für den innerwährend mageren Stadtkäse nebenbei noch etwas zu verdienen?

Es sei denn, es würde dafür Sorge getragen, daß dort einmal ein anderes Lüftchen weht. Wie es dazu kommen soll? Als Antwort auf diese Fragen sei eine Stelle aus dem Vortrag über die Konkurrenz der öffentlichen Hand wiederholt, den wir in der letzten Nummer veröffentlicht haben:

Am 17. November haben die Wahlen zu den kommunalen Körpern statt. Das Ergebnis dieser Wahlen wird entscheidend darüber sein, ob die Sozialpolitikpolitik in verstärktem Maße weitergeführt wird, oder ob man zu den Grundsätzen der Privatwirtschaft zurückkehren wird.

Die nächsten vier Jahre kommunalpolitischer Arbeit werden uns Gärtnereien entweder endgültig von der Beteiligung an öffentlichen Arbeiten ausschließen, endgültig von den Friedhöfen vertreiben und die Konkurrenz aus den Betrieben der öffentlichen Hand ins Ungeheuer steigern, oder sie werden diese Konkurrenz ausschalten und uns unser Recht auf freie Wirtschaft wiedergeben. Die Freiheit der Selbstverwaltung gibt den Stadtverordneten, den Gemeinde- und Kreisverordneten das Recht, darüber zu entscheiden. Darum hinein in die Parteien, hinein in die Stadtparlamente! Wir durchläufige Mitarbeiter sind Bundesgenossen zu werden, nur wenn wir bereit sind mitzuarbeiten, wird man uns nicht nur anhören, sondern unseren Forderungen auch Geltung verschaffen. Zumindes aber gilt es aufzustehen und die zukünftigen Vertreter in den Gemeindeparlamenten über unsere Wünsche und Forderungen zu unterrichten.“

Vielleicht werden auch die unverbesserten politischen Zweifler durch die Deutlichkeit von Herrn Geheimg. etwas angeregt! Hr.

Nach der ausdörrenden Hitze

bedürfen Ihre Deckbretter, Frühbeetkästen, Fenster usw. eines Schutzanstriches für die kommende lange Nässeperiode mit

Rasmussens Spezialkienteer
d. altbewährten, hellgelbbraunen öligen Nadelholzerzeugnis. Wasserunlöslich, säurefest, ohne Beimengung ätzend. chem. Stoffe, daher selbst frisch gestrichen absolut pflanzenunschädlich.

Fordern Sie Prospekt mit Gutachten von **Rasmussen & Co. Nachf., Hamburg 13.**

Traube's Pflanzenballen-Maschine

am rentabelsten.
Wilhelm Traube, Gartenbau Groß-Weigelsdorf, Kr. Oels.

Primula Sieboldii

auch im letzten Winter vollständig winterhart, vorzüglich für kalte Treiberei, beste großblumige Sorten % 40 M, Prachtmischung % 30 M.

C. L. **KLISSING SOHN BARTH, POM.** Gegr. 1818.

Blankenmoor, den 15. Juli 1929.
Fa. P. H. Dohrn Nfg. Wesselsburen.

Die von Ihnen erhaltenen pikierten Frühkohlpflanzen haben sich auch in diesem Jahre wieder sehr gut bewährt. Die Kohlmade machte sich allerdings eine Zeitlang auch bei mir bemerkbar, konnte aber doch den kräftigen und sehr gut bewurzelten Pflanzen nicht viel anhaben, sodaß das Feld jetzt ganz vorzüglich steht. Ihre Methode des Pikierens mit dem Reihenplanzer erscheint mir überhaupt für Frühkohl das einzig Richtige zu sein und bestelle ich hiernächst für nächstes Jahr wieder die gleiche Anzahl Pflanzen, also ca. 100000 Stk. zum Preise von 10.— M % 50 St.

Auch mein Schwager Herr Gehrtz will nächstes Jahr 50000 Pflanzen von Ihnen haben, er mußte dieses Jahr sein Frühkohlfeld umpflügen, weil die Kohlmade alles vernichtet hatte.

Hochachtungsvoll
Johann Clausen
Hofbesitzer.

Kohlensäure-Begasung
nach Dr. Reissner
12305
Verein für chem. Industrie
A. D. Frankfurt a. M.

Schiebelüftungsfenster

(Länge und Breite addiert à ca 5 Pf.). Fenster, Winkel Okonom, Fensterecken, Herkules-Sprossenhalter, Steg- u. Fensterhalter, schwere verzinkte Ware, bietet als Spezialität an

Hans Besoke, Erfurt W.
Prospekte gern zu Diensten.

Ihren Herbstverkauf bei unseren Inserenten